

Sitzung	Gemeinderat - Ö - 16.11.2010		
Beratungspunkt	Haushalt 2011 - Ergebnisse der Novembersteuerschätzung		
Anlagen	2		
Finanzposition			
vorangegangene Beratungen	Vorlage Nr.	Sitzung	Datum
	20-030/10	GR-Ö	05.10.2010
	10-053/10	HA-Ö	26.10.2010
	10-054/10	HA-Ö	26.10.2010
	10-055/10 – 10-063/10	HA-Ö	26.10.2010
	20-034/10	HA-Ö	26.10.2010
	20-036/10	GR-Ö	26.10.2010
	20-042/10	HA-Ö	09.11.2010
	20-043/10	GR-Ö	09.11.2010
	20-044/10	GR-Ö	09.11.2010

Erläuterungen:

In der Sitzung vom 09.11.2010 wurden sowohl die Budgets des Verwaltungshaushalts als auch erste Bereiche des Vermögenshaushalts beraten. Die sich aus diesen Beratungen ergebenden Veränderungen führen zu einer Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt in Höhe von 1.591.300 Euro.

Eine Darstellung dieser Veränderungen aus der Gemeinderatssitzung vom 09.11.2010 liegt dieser Tischvorlage als Anlage 1 bei.

Verwaltungshaushalt:

Die Novembersteuerschätzung bringt insgesamt im Saldo weitere Verbesserungen für den Haushalt mit sich. (Anlage 2)

Der Anteil an der Einkommensteuer ändert sich gegenüber den Daten vom 09.11.2010 von 7.572.000 Euro auf 7.476.000 Euro. Entgegen der ersten Mitteilung des Gemeindetages Baden-Württemberg können die Kommunen nur mit einer Verteilung von 3,9 Mrd. Euro statt 3,95 Mrd. Euro rechnen.

Die Einnahmen aus den Schlüsselzuweisungen des Finanzausgleiches sind mit der Anpassung der vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg festgestellten Einwohnerzahl zum 30.06.2010 mit 21.115 Einwohner und den geänderten Grundkopfbeträgen für 2011 um 335.000 Euro gegenüber dem Ansatz des Entwurfes gestiegen.

Bei den Ausgaben verringern sich die Ansätze der Finanzausgleichsumlage an das Land um 27.000 Euro sowie die Gewerbesteuerumlage an das Land um 22.000 Euro.

Die Kreisumlage wurde, wie in der Gemeinderatssitzung vom 09.11.2010 beschlossen, mit einem Umlagesatz von 33,7 von Hundert (+ 4,4 v.H. gegenüber 2010) mit 7.583.000 Euro angesetzt.

Veränderungen im Vermögenshaushalt führen zu Wenigereinnahmen bei den Verrechnungen der Verwaltungskosten im Verwaltungshaushalt. Aufgrund der Beratungsergebnisse

vom vergangenen Dienstag führen diese im Verwaltungshaushalt zu Mindereinnahmen von 23.500 Euro. Für die weiteren Beratungen im Vermögenshaushalt wird von der Verwaltung eine weitere geschätzte Verminderung der zu verrechnenden Verwaltungskosten von ca. 16.000 Euro angenommen.

Unter Annahme dieser Schätzung würde sich die Zuführung an den Verwaltungshaushalt auf 1.303.300 Euro verringern.

Vermögenshaushalt:

Bei Berücksichtigung einer Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt von 1.303.300 Euro und den bereits am 09.11.2010 vorgenommenen Veränderungen im Vermögenshaushalt verringert sich die als Deckung im Entwurf angesetzte Rückführung des Darlehens an den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung um 1.871.400 Euro (von 3.210.000 Euro auf 1.338.600 Euro).

Die Entnahme aus der Rücklage bleibt gegenüber dem Ansatz unverändert.

14
BM

Beschlussvorschlag:

Beratung: